PRODUKTIVITÄTSRAT
AUSTRIAN PRODUCTIVITY BOARD

Produktivitätsbericht 2025: Strukturwandel als Chance für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Christoph Badelt, Vorsitzender des Produktivitätsrates
Andreas Reinstaller, Büro des Produktivitätsrates

Pressekonferenz, 03. Dezember 2025

Produktivitätsbericht 2025: Strukturwandel als Chance für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Industriestandort Österreich im Wandel

Internationale Konkurrenz und Protektionismus

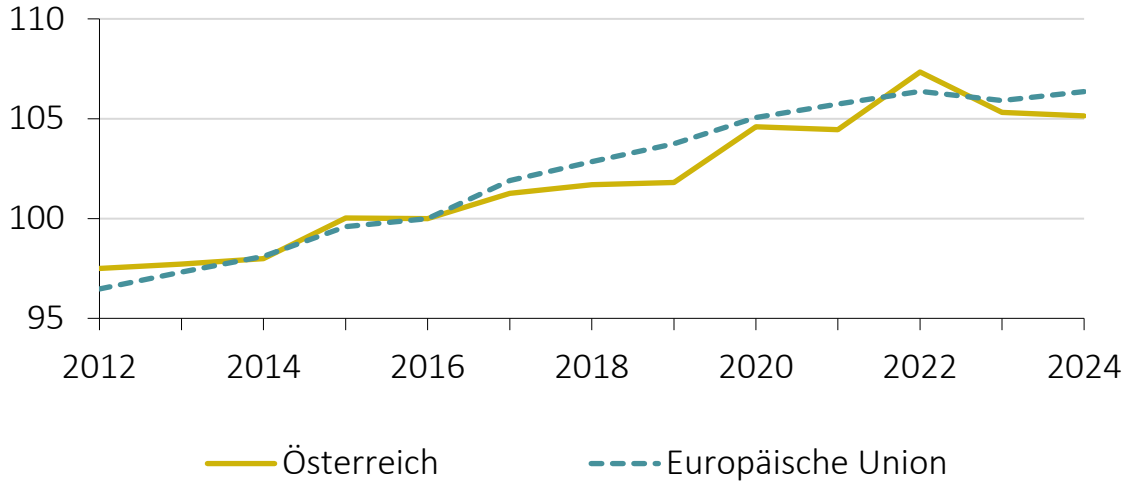
Energiekosten aus Treiber struktureller Veränderungen

Strukturwandel von Unternehmen und Beschäftigten

Bei rückläufiger Arbeitsproduktivität steigende Lohnkosten und …

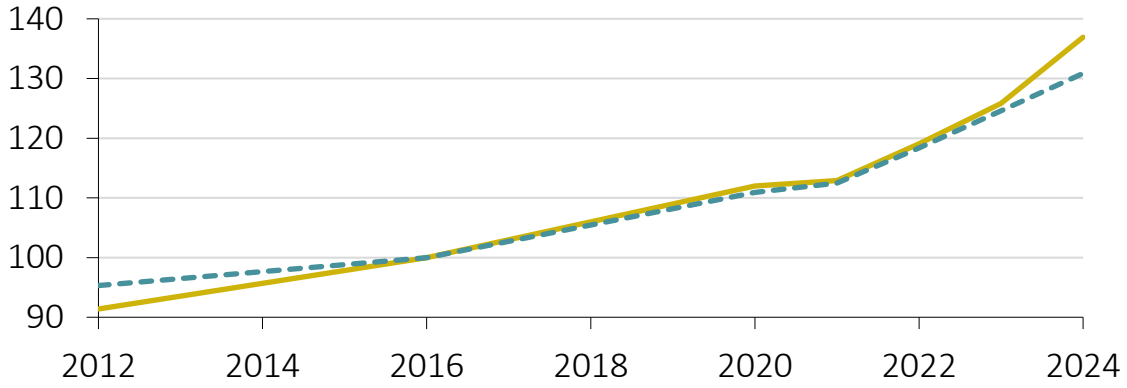
Arbeitsproduktivität

Index, 2016 = 100



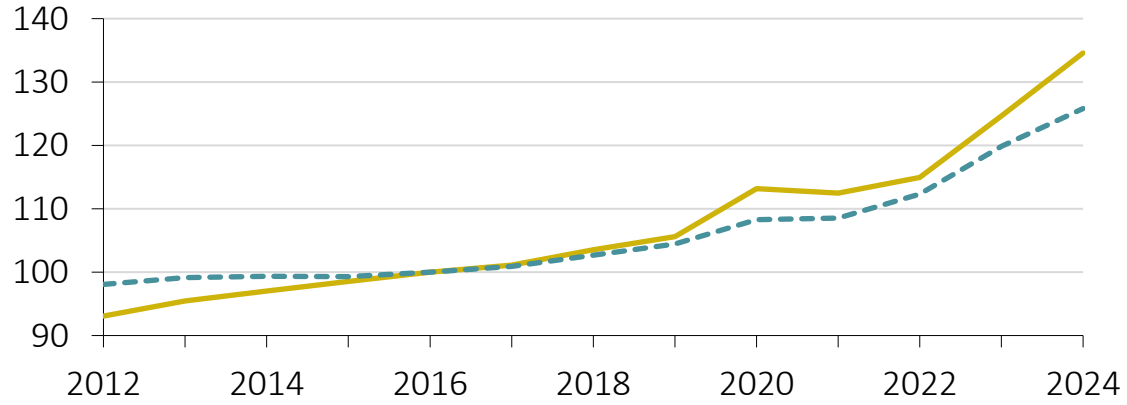
Lohnkosten

Index, 2016 = 100



Lohnstückkosten

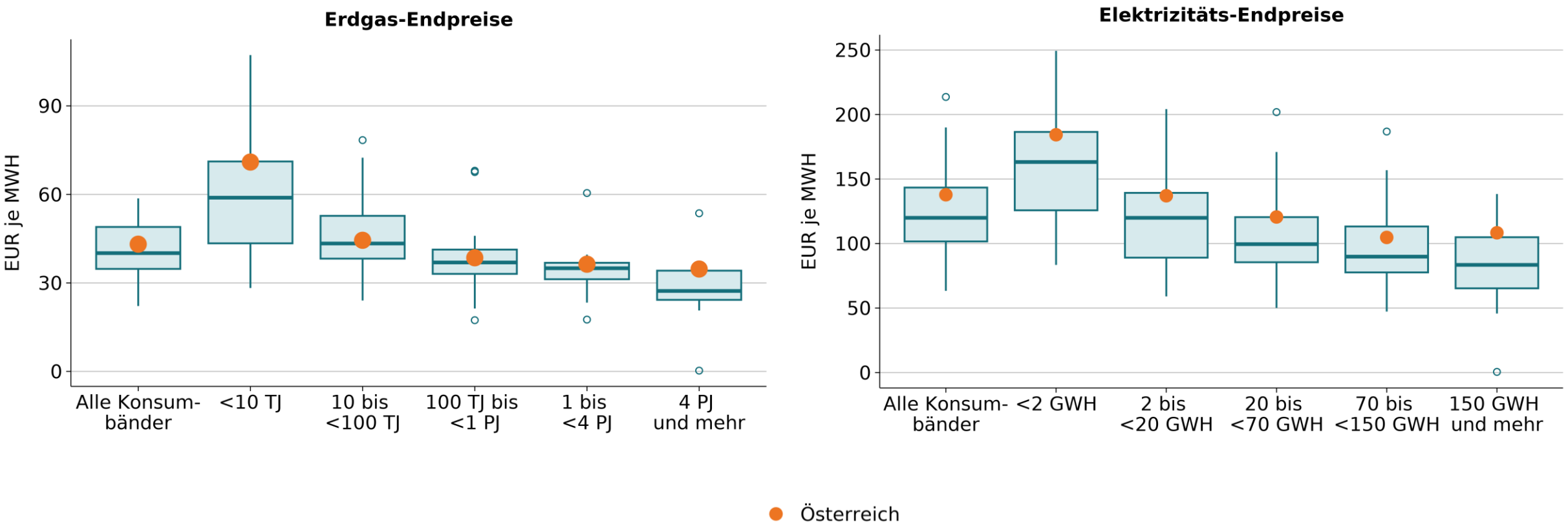
Index, 2016 = 100



Quelle: Eurostat (Arbeitsproduktivität: lc_lci_lev; Lohnstückkosten: nama_10_lp_ulc), AMECO (Lohnkosten: OVGD/NLHT).

… weiterhin überdurchschnittliche Energiekosten für Unternehmen

Spannweite des realen Erdgas- und Elektrizitätsendpreises für Unternehmen nach der Höhe des jährlichen Energieverbrauchs (Konsumbänder) in der EU, 2024

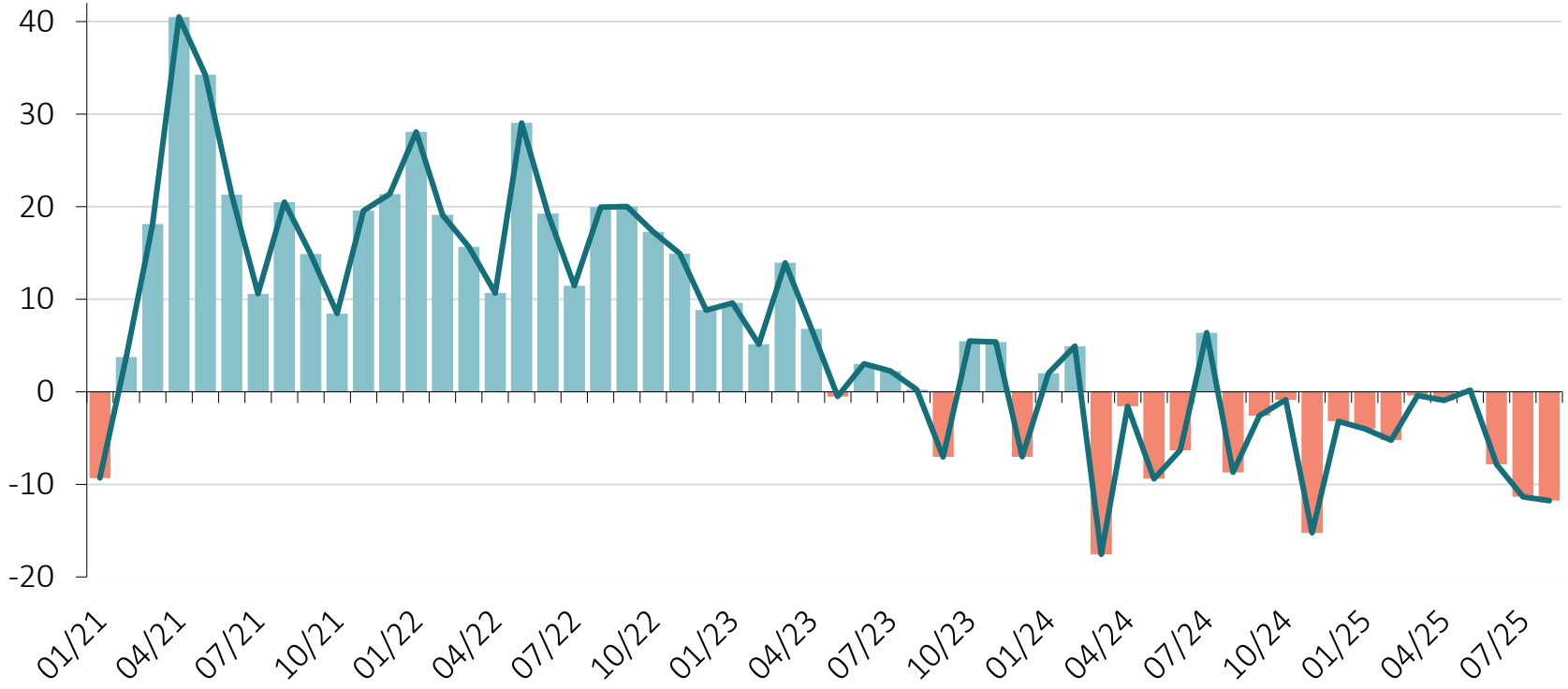


Quelle: Eurostat [nrg_pc_203_c, nrg_pc_205_c]. Darstellung Büro des Produktivitätsrats.

Exporte sind kein Selbstläufer mehr

Wachstum der nominellen Güterexporte im Vergleich zum Vorjahresmonat

In %

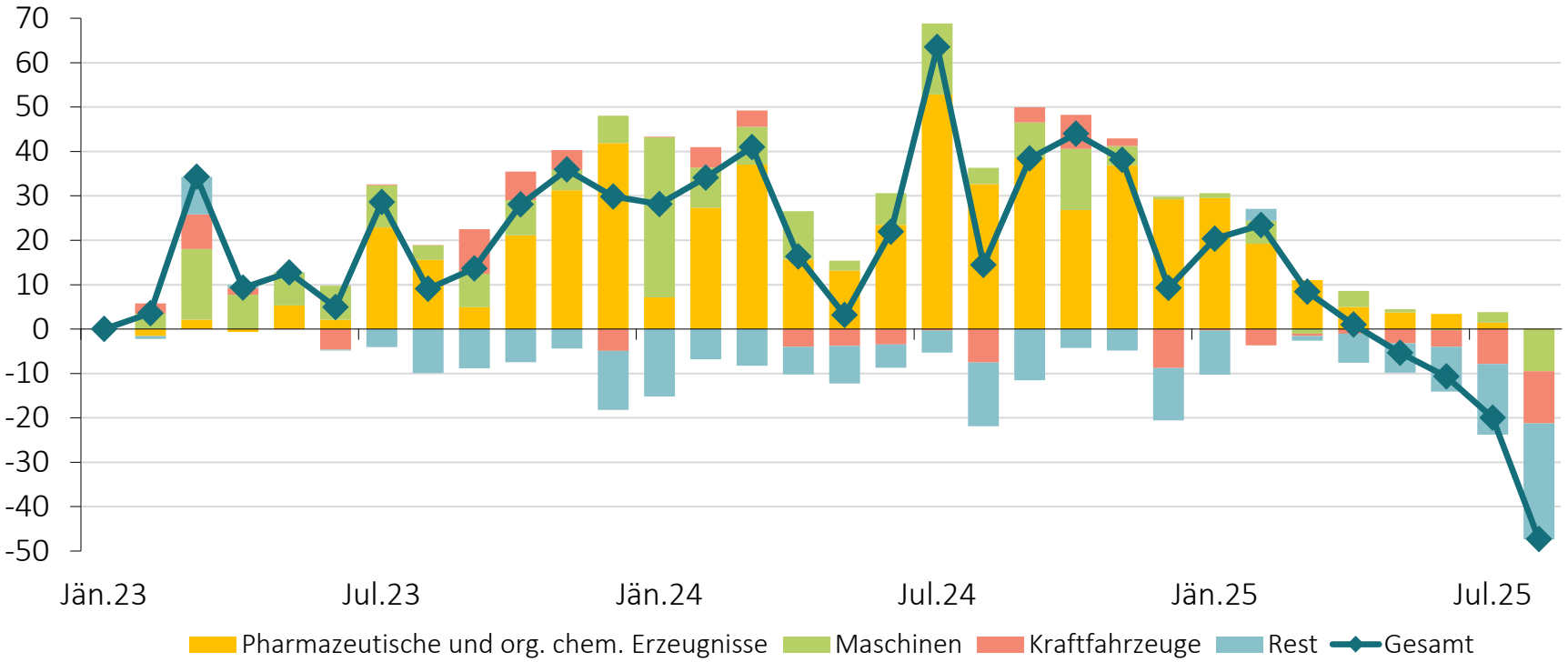


Quelle: Statistik Austria. Letzer Wert: August 2025.

Neue Handelsordnung: USA und Trumpnomics schädigen Österreich: KFZ, Maschinenbau, Pharma besonders betroffen

Nominelle Güterexporte in die USA

Veränderung gegenüber Jänner 2023 in % bzw. Wachstumsbeiträge in %-Punkten

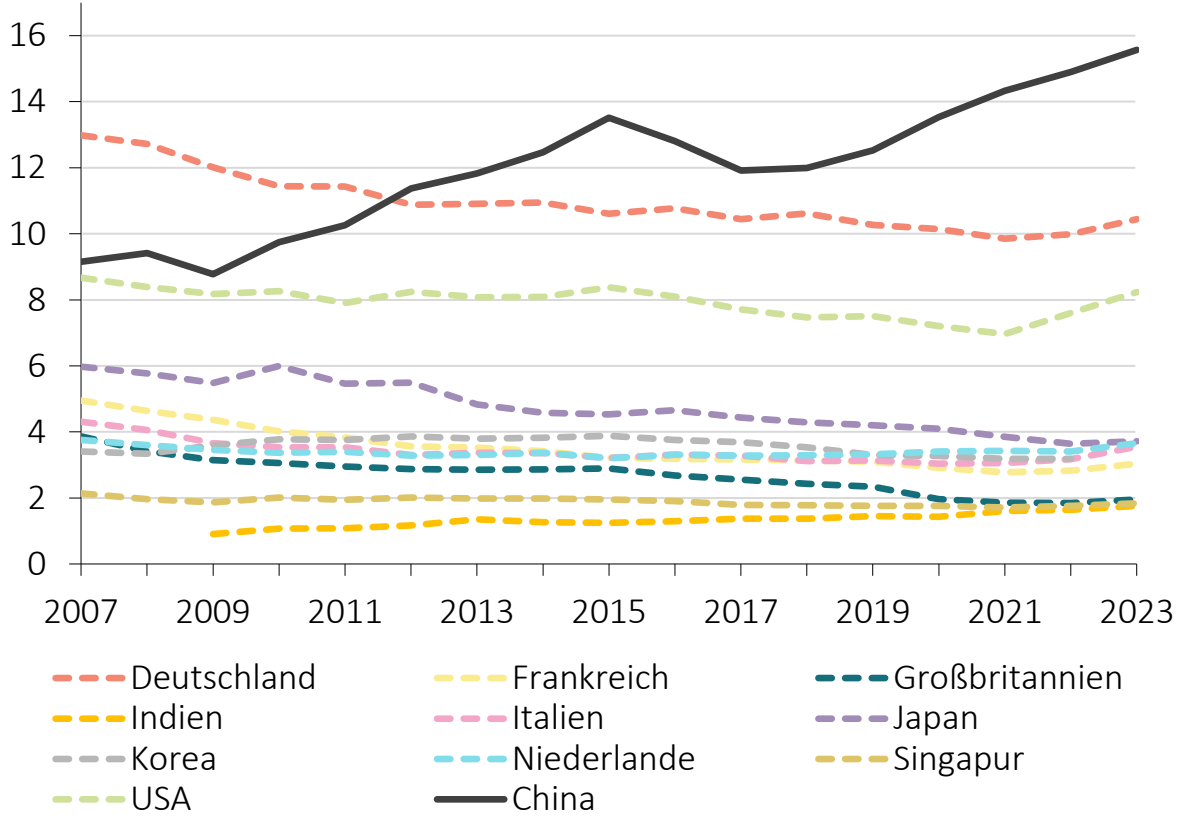


Quelle: Statistik Austria.

Internationaler Wettbewerbsdruck: Aufstieg Chinas erhöht den Wettbewerbsdruck auf österreichische Exporteure

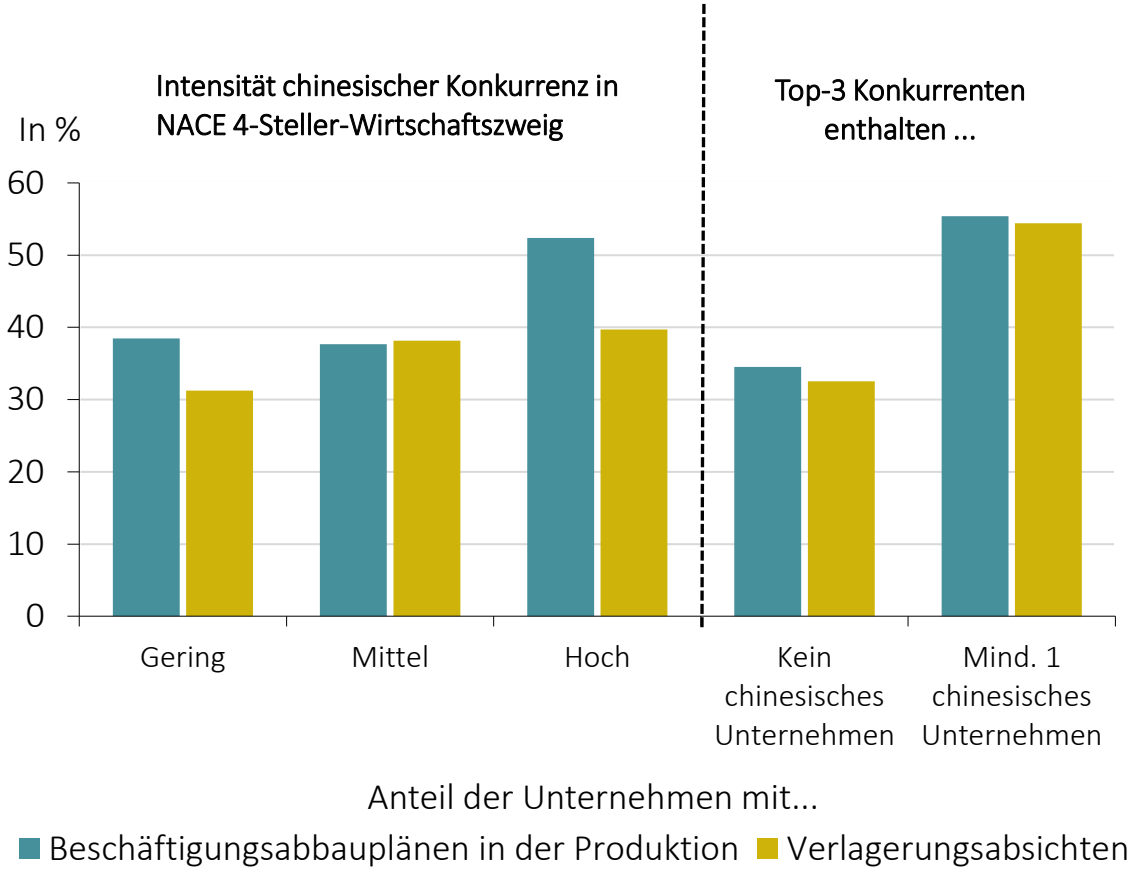
Exportmarktanteile in wichtigsten Produktgruppen in Österreichs Exporten

Marktanteile der größten Exporteure an globalen Exporten (in%)



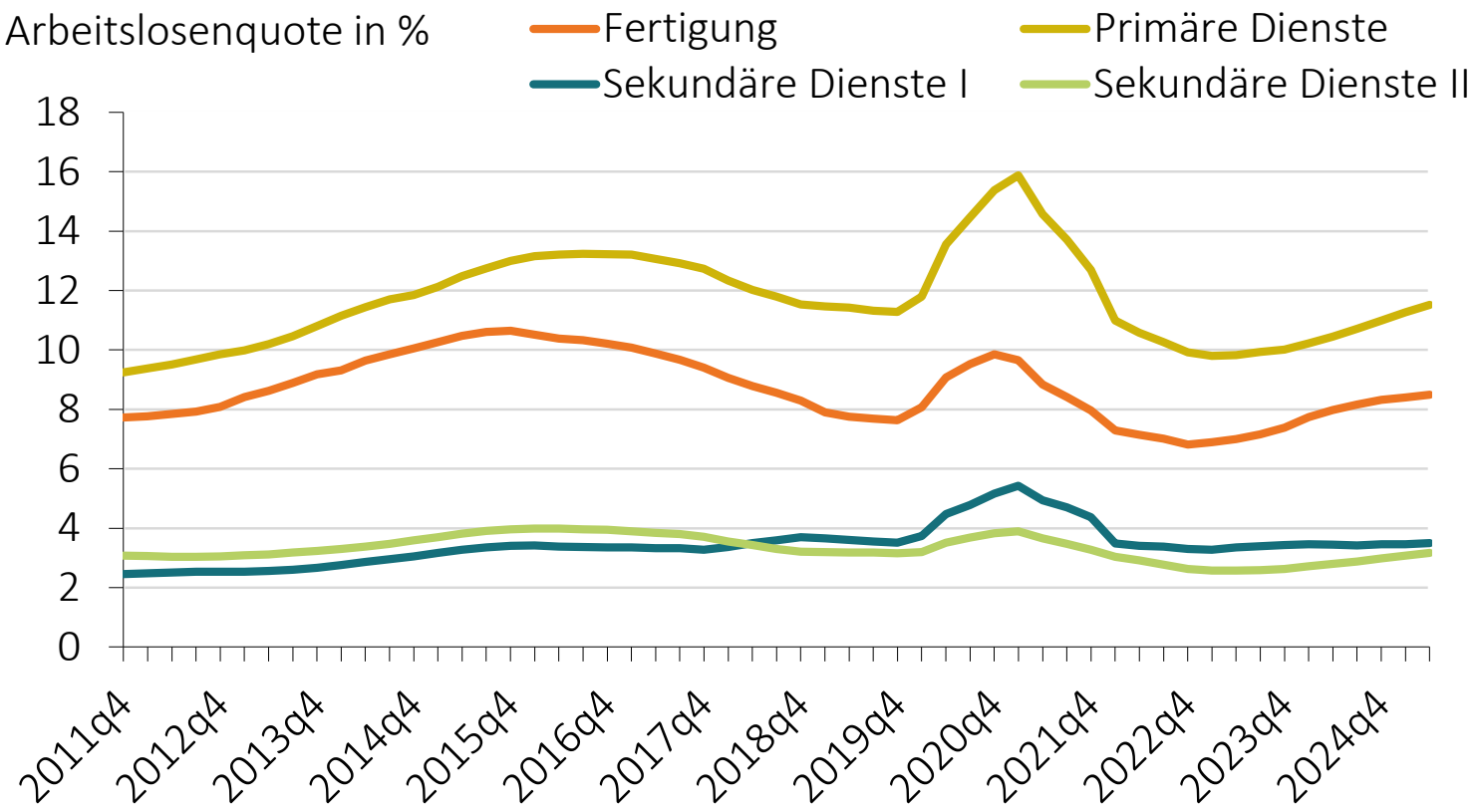
Quelle: Weltbank WITS (auf Basis von UN COMTRADE Daten).
Darstellung enthält alle HS2-Produktkategorien mit Anteil an nominellen Exporten Österreichs über 2,5% (2018–2022).

Geplanter Beschäftigungsabbau und Verlagerungsabsichten in Österreichs Industrie 2025 bis 2030 bei chinesischer Konkurrenz



Quelle: WIFO Industriebefragung 2025.

Arbeitslosigkeit beginnt zu steigen: vor allem Tätigkeiten in Fertigung und primären Diensten betroffen



Quelle: AMDB, Statistik Austria Mikrozensus. Letzter Wert: 2025q2.

Fertigung: Be- und Verarbeiten, Instandsetzen sowie Steuern und Warten von Maschinen und Anlagen.

Primäre Dienste: einfache Verkaufs- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienstleistungen wie Reinigung, Bewirtung, Lager, Sicherheit und Transport.

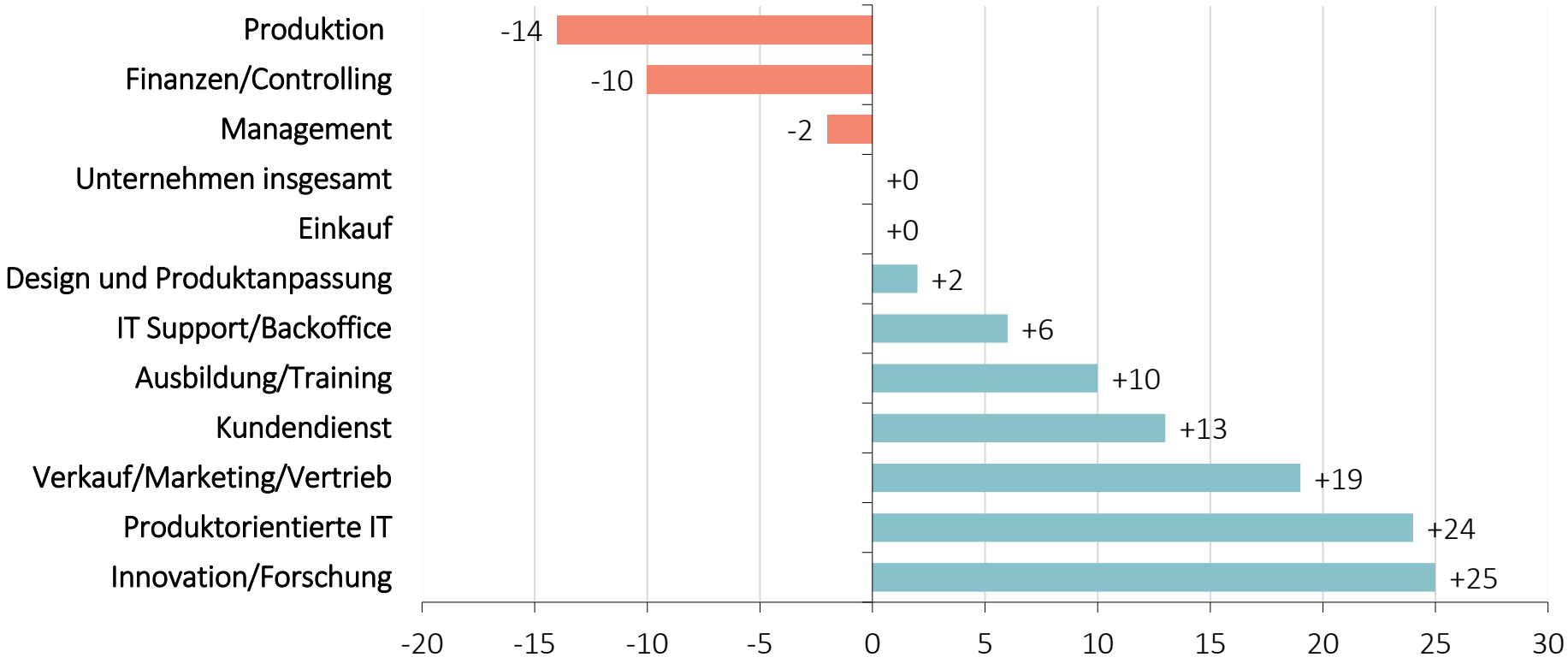
Sekundäre Dienste I: personenbezogene Fach- und Assistenzberufe, etwa in Betreuung, medizinischer Behandlung, Recht, Sozialpflege und Kultur.

Sekundäre Dienste II: wissensintensive, meist akademische Tätigkeiten wie Forschung und Entwicklung, MINT-Berufe, Lehre, Rechtsberatung, Disposition, Koordination sowie Organisation und Management.

Strukturwandel durch Kosten & internationalen Wettbewerb beschleunigt: Jobabbau vor allem in Fertigungstätigkeiten geplant

Geplante Beschäftigungsentwicklung in Industrieunternehmen nach Unternehmensbereichen

In % aller Meldungen



Quelle: WIFO Industriebefragung 2025. Beantwortung der Frage „In welchen Unternehmensbereichen plant Ihr Unternehmen, die Zahl der Beschäftigten in den nächsten fünf Jahren in Österreich zu erhöhen, zu reduzieren, oder konstant zu halten?“ Der Überhang der Meldungen ergibt sich aus der Differenz „positiver“ und „negativer“ Meldungen der befragten Unternehmen als Prozentanteil an allen „positiven“, „neutralen“ und „negativen“ Meldungen in einer der dargestellten Kategorien.

Empfehlungen des Produktivitätsrates: Leitlinien

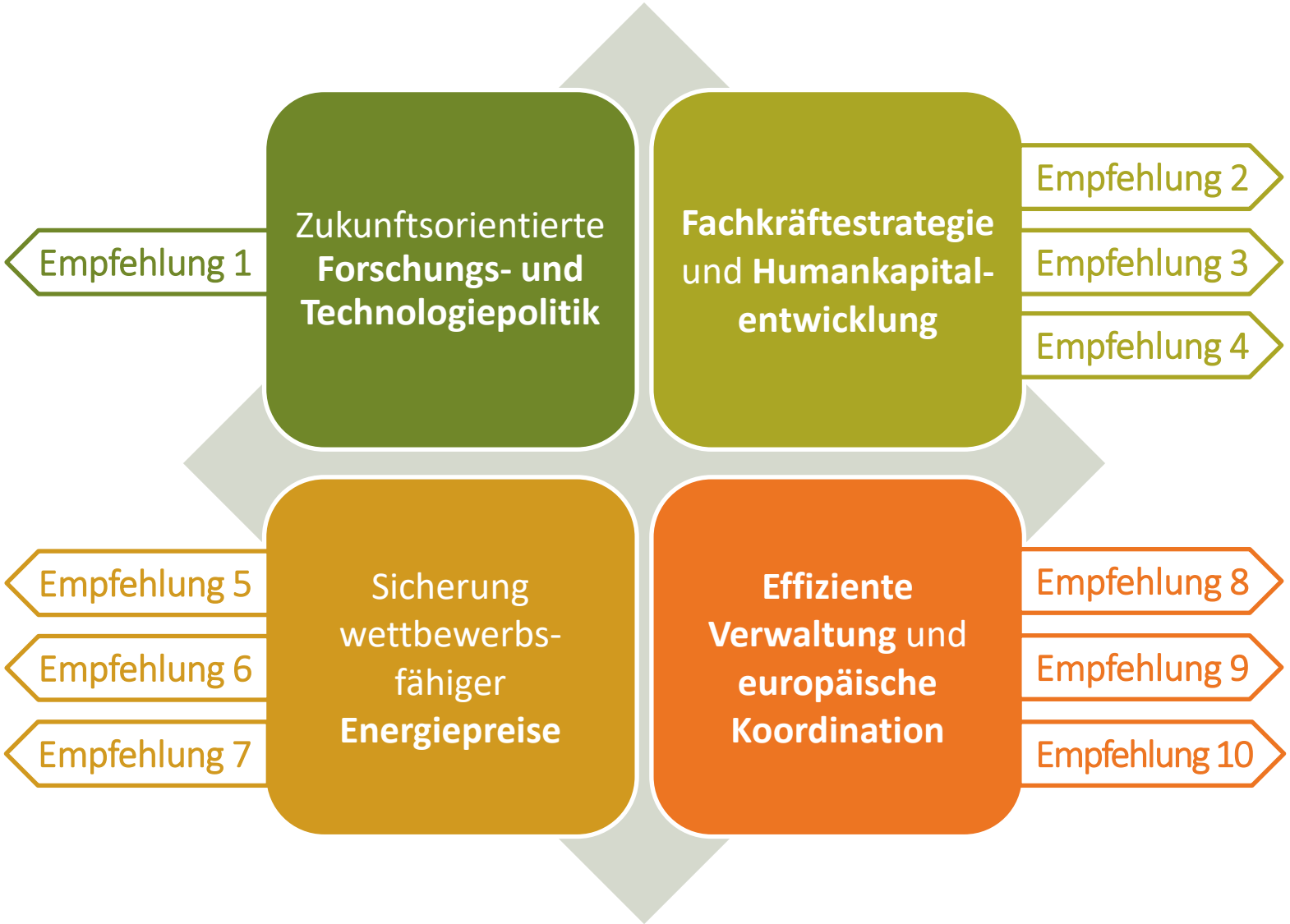
1. Produktivität als Leitprinzip

- Produktivitätssteigerung durch bessere Auslastung sowie effizientere Märkte und Standortbedingungen (Skalen- und Allokationseffizienz)
- Förderung technologischer Diffusion und technischen Wandels

2. Gestaltung des Strukturwandels

- Aktive industriepolitische Begleitung des Wandels
- Gleichzeitige Offenheit für sektoralen Rückbau, wo Nachhaltigkeit fehlt
- Soziale Ausgewogenheit durch Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Ansatzpunkte einer zukunftsorientierten Standortstrategie



1. Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik (FTI) durch zukunftsorientierte Schwerpunktsetzungen und durchgängige Förderansätze

Die Bundesregierung sollte die **Innovationsförderung** gezielt auf **Stärkefelder** und **Schlüsseltechnologien mit hohem Standortpotenzial** ausrichten und sowohl die **Marktdurchdringung innovativer Lösungen** als auch die **betriebliche Anwendung neuer Technologien** fördern.

- ▶ Schwerpunktsetzung in der Forschungsförderung
- ▶ Schlüsseltechnologie-Cluster einrichten
- ▶ Technologiediffusion und gezielte Anwendung moderner Schlüsseltechnologien stärken
- ▶ Flexible Kombination von Förderinstrumenten über den Innovationsprozess hinweg ermöglichen
- ▶ Höhere Skalierbarkeit durch Abstimmung mit europäischen Initiativen sicherstellen

2. Arbeitskräfteangebot erhöhen, Basisqualifikationen herstellen

Im Hinblick auf den technologischen und demografischen Wandel bedarf es dringend einer umfassenden Strategie zur **Stärkung des Arbeitskräfteangebots** (**Fachkräftestrategie**) in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Um den komplexen und heterogenen Bedürfnissen der Personen mit **Mangel an Basisqualifikationen** gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung eine **umfassende Herangehensweise** wählen. Dabei sollten bestehende Instrumente der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für unterschiedliche Altersgruppen integriert, aufeinander abgestimmt und bei Bedarf ausgebaut werden.

- ► Zielgruppengerechte Vermittlung von Basisqualifikationen sicherstellen
- ► Defizite frühzeitig vermeiden

3. Lehrausbildung fördern

Die Bundesregierung sollte die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen des AMS für den **Zugang zur Lehrausbildung** gezielt ausweiten und ergänzende Initiativen ergreifen, um die **Attraktivität von Lehrberufen** nachhaltig zu steigern.

- ► Zugang zur Lehrausbildung fördern
- ► Zielgruppenorientierte Information
- ► Attraktivität der Lehrausbildung steigern
- ► Verstärkte Anknüpfung von Lehrausbildung an höhere Qualifikation
- ► Lehrstellenangebot verstärken

4. Aktive Arbeitsmarktpolitik im Strukturwandel stärken

Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit dem AMS **Qualifizierungsmaßnahmen** der aktiven Arbeitsmarktpolitik **auf den regionalen und fachlichen Bedarf abstimmen**. Neben der unmittelbaren Vermittlung sollten Qualifizierung und **Erreichung dauerhaft höherer Löhne** in der Zielorientierung aufgewertet werden.

- ► Enge Kooperation zwischen dem AMS und den Arbeitgeber:innen
- ► Aufstiegschancen fördern
- ► Soziale Absicherung
- ► Wirkungsanalysen durchführen
- ► Verständnis des Bedarfs an Fachkräften verbessern

5. Zukunftsorientierte und konsistente Energieplanung zur Sicherung des Industrie- und Technologiestandortes umsetzen

Die Bundesregierung sollte eine **adaptive** und **integrierte Gesamtsystemplanung** der Energiewende unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften erstellen. Diese sollte an **klar definierten Ausbauzielen** und **Umsetzungsschritten über das Jahr 2040 hinaus** ausgerichtet sein und konsequent umgesetzt werden.

- ▶ Über Gebietskörperschaften abgestimmte Bereitstellung der Energieinfrastruktur
- ▶ Erneuerbare Ausbaupfade an den erwarteten Verbrauch anpassen
- ▶ Energieraumplanung vereinheitlichen
- ▶ Monitoring der Umsetzung des EABG
- ▶ Erzeugungsrichtwerte im EABG mit Ausbaupfaden abgleichen
- ▶ Evidenzbasierte Anpassung und adaptive Steuerung auf Projektebene
- ▶ Speichertechnologien ausbauen

6. Weichenstellung für eine nachhaltige Gasversorgung

Die Bundesregierung sollte den **Ausbau erneuerbare Gase und Wasserstoff** weiter beschleunigen und prioritär auf die Nutzung in industriellen Prozessen auslegen.

- Erneuerbares-Gas-Gesetzes (EGG) zügig umsetzen, sowie langfristige Strategie für Bedarf, Produktion und Einsatz erneuerbarer Gase entwickeln
- Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft fördern
- Biomethanpotenziale realistisch und gesamtwirtschaftlich abschätzen
- CO_2-Abscheidung und -Nutzung (CCU/CCS) fördern
- Eigenerzeugung von Erdgas für die Überbrückung der Umstiegsphase

7. Kostengünstige Energie sichern, Effizienz steigern

Die Bundesregierung sollte **strukturelle Maßnahmen** ergreifen, um die **Energiekosten** der Industrie zu **senken** und die **Preispfade** zu **stabilisieren**.

- ▶ Kurzfristige Entlastungen mit strukturellen Maßnahmen zur Kostensenkung verknüpfen
- ▶ Europäische Klima- und Industriepolitik koordinieren
- ▶ Übertragungsnetze ausbauen
- ▶ Wettbewerb am Endkundenmarkt stärken
- ▶ Effizienz- und Innovationspolitik strategisch verknüpfen
- ▶ Neue Finanzierungsinstrumente für den Netzausbau entwickeln

8. Unternehmen bei der Erschließung neuer Absatzmärkte unterstützen und durch Koordination mit EU-Partnern die Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die österreichische Bundesregierung sowie die österreichischen Mitglieder des europäischen Parlaments sollten Bestrebungen auf EU-Ebene zur **verstärkten Integration und Nutzung des EU-Binnenmarktes** sowie die **Ausverhandlung** und **Ratifizierung zusätzlicher Handelsabkommen mit Drittstaaten** unterstützen beziehungsweise vorantreiben.

- Harmonisierung nationaler Gesetzgebungen im Rahmen der EU-Binnenmarktstrategie unterstützen
- Nationale administrative und bürokratische Prozesse vereinfachen
- Proaktive Handelspolitik und Ratifizierung bereits ausverhandelter Handelsabkommen (z.B. MERCOSUR)
- Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren
- Strategische europäische Industriepolitik forcieren

9. Marktverzerrungen im internationalen Wettbewerb auf EU-Ebene effektiv begegnen

Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für eine Evaluierung sowie eine darauf basierende Weiterentwicklung des **handels- und wettbewerbspolitischen EU-Instrumentariums** zur **Bekämpfung wettbewerbsverzerrender Praktiken** im internationalen Handel einsetzen.

- Wiederaufnahme von Verhandlungen mit China im Hinblick auf das Comprehensive Agreement on Investment
- EU-Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel stärken

10. Energiemarktintegration und klimapolitische Koordination in der EU vorantreiben

Die Bundesregierung sollte auf europäischer Ebene auf eine stärkere **Marktintegration** durch den **Ausbau der europäischen Übertragungsnetze** und die **Stärkung der Interkonnektivität** drängen.

- ▶ Strukturelle Integration der Energiemärkte
- ▶ Grenzüberschreitender Netzausbau und Interkonnektivität

PRODUKTIVITÄTSRAT
AUSTRIAN PRODUCTIVITY BOARD

Anhang: Materialien

PROD

- Produktivitätsbericht 2025
- Produktivitätsbericht 2025: Kurzfassung
- Hintergrundstudie: Gruber-Német M. (2025). International competition, protectionist measures and their impact on Austrian firms. Report 01/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Hintergrundstudie: Reinstaller A., Sellner R. (2025). Energy efficiency and energy savings potentials in the Austrian manufacturing and construction sectors: firm-level evidence from a stochastic frontier analysis. Report 02/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Hintergrundstudie: Weichselbaumer M. (2025). Structural change of firms and of the workforce. Report 03/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien

- Kurzanalyse: Gruber-Német M., Reinstaller A., Hölzl W. (2025). Energiepreisrisiko und Standortentscheidungen in der österreichischen Industrie. Kurzanalyse 03/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.
- Kurzanalyse: Gruber-Német M., Hölzl W., Reinstaller A. (2025). Veränderte Reaktionen der österreichischen Industrie auf chinesische Konkurrenz. Kurzanalyse 04/2025, Büro des Produktivitätsrates, Wien.